

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Johannes Rau zum Aktionstag der Stahlarbeiter: Empörung mehr als verständlich.
Seite 1

Renete Schmidt MdB zur Erinnerung an die Wahl von Annemarie Renger zur Bundestags-Präsidentin vor 15 Jahren: Ein Durchbruch für die Frauen.
Seite 3

Gert Weisskirchen MdB zum Erfordernis einer neuen Phase der Entspannungspolitik: Alle brauchen den Dialog.
Seite 4

Dokumentation:

Die Union, die das INF-Abkommen jetzt als ihren Erfolg auslobt, hat bis zuletzt gegen die Mittelstrecken-Abrüstung opponiert. Einige Zitate als Merkpösten in dieser Sache ab

Seite 5

42. Jahrgang / 237

11. Dezember 1987

Empörung der Stahlarbeiter mehr als verständlich

NRW beginnt sofort mit der Realisierung der Projekte aus der Zukunftsinitiative Montanregionen

Von Johannes Rau
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender SPD-Parteivorsitzender

Die Wut und die Empörung der Stahlarbeiter in Rheinhausen und allen anderen Stahlstandorten des Landes Nordrhein-Westfalen sind mehr als verständlich.

Die Arbeitgeber haben mit ihrem Vorgehen im Fall Rheinhausen gegen alle Grundsätze vertrauensvoller Zusammenarbeit verstoßen und die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer mit Füßen getreten.

Ich danke den vielen tausend Demonstranten des gestrigen Aktionstages für ihr besonnenes Verhalten. Erfreulicherweise hat es nur ganz wenige Ausschreitungen gegeben. Die Arbeitnehmer haben mit ihrem Verhalten dafür gesorgt, daß nicht von den eigentlichen Ursachen ihres Protestes abgelenkt werden kann: Von der drohenden Vernichtung vieler tausend Arbeitsplätze an den besten Stahlstandorten in Europa.

Ich danke der Polizei dafür, daß sie es durch Augenmaß und Besonnenheit ermöglicht hat, daß trotz der großen Demonstrationen die Belastungen der übrigen Bürger nicht über das unvermeidbare Maß hinausgingen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mü. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzlingen-Lindegg
www.kreuzlingen-lindegg.de



Ebenso danke ich den Bürgerinnen und Bürgern, die am Aktionstag der Stahlarbeiter Unbill auf sich nehmen mußten wie Wartezeiten und Staus. Alle mir vorliegenden Informationen besagen: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben - von wenigen Ausnahmen abgesehen - verstanden, um was es dabei ging. Sie haben verstanden, daß der Protest der Stahlarbeiter auch ihre Sache ist.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat immer deutlich gemacht: Für uns hat die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze und das Schaffen neuer Arbeitsplätze in den Montanregionen Vorrang vor der in vielen Fällen unumgänglichen sozialen Flankierung des Arbeitsplatzabbaues. Deshalb haben wir mit der Zukunftsinitiative Montanregionen konkrete Projekte für neue Arbeit vorgelegt. Deshalb haben wir im Bundesrat einen Gesetzentwurf für die Finanzierung dieser Projekte gemäß Artikel 104 a 4 Grundgesetz eingebracht, wonach das Land ein Drittel und der Bund zwei Drittel der erforderlichen Mittel von jeweils 500 Millionen DM in den nächsten vier Jahren aufbringen soll.

Bis heute weigert sich der Bund, seiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Mitfinanzierung dieser Projekte nachzukommen. Das Land Nordrhein-Westfalen wird den Bund aus dieser Pflicht nicht entlassen. Aber die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sollen wissen, daß diese Auseinandersetzung zwischen Landesregierung und Bundesregierung nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden wird, die Arbeit suchen. Deshalb hat sich die Landesregierung darauf verständigt, daß mit der Realisierung der Projekte aus der Zukunftsinitiative Montanregionen sofort begonnen werden soll, auch wenn noch keine Zusage der Bundesregierung zur Mitfinanzierung vorliegt.

(-/11.12.1987/rs/fr)

* * *



Ein Durchbruch für die Frauen

Annemarie Renger wurde vor 15 Jahren zur Präsidentin des Deutschen Bundestages gewählt

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Wer heute etwa die Repräsentanz und Bedeutung von Frauen in der SPD-Bundestagsfraktion bemängeln sollte, der immerhin 31 Parlamentarierinnen angehören, von denen zwei Stellvertreterinnen des Fraktionsvorsitzenden sind, sei an die Zeit erinnert, in der Sozialdemokraten gerade die Regierungsverantwortung im Bund übernommen hatten. Zwischen 1969 und 1972 waren unter den 518 Abgeordneten des Deutschen Bundestages lediglich 18 Sozialdemokratinnen.

Dieser geringe Anteil entsprach in keiner Weise dem politischen Engagement der Frauen. Das offenkundige Mißverhältnis bewog Herbert Wehner dazu, bereits während des Bundestagswahlkampfes 1972 anzukündigen, er werde sich bei einem guten Abschneiden der SPD persönlich dafür einsetzen, eine Frau mit einer herausgehobenen Position zu betrauen.

Es handelte sich um nicht weniger als das höchste Amt, das im Deutschen Bundestag zu besetzen war, nachdem die SPD zur stärksten Fraktion geworden war: Die Position des Präsidenten. Erstmals stand in der Zeit von 1972 bis 1976 eine Präsidentin an der Spitze des Parlaments, Annemarie Renger, die mithin die Nummer Zwei in der politischen Rangordnung der Bundesrepublik Deutschland einnahm. Nach ihrem eigenen Bekunden hat die Sozialdemokratie mit dieser Wahl demonstrieren wollen, daß sie gegenüber Frauen aufgeschlossener ist als bisher.

Auf die Besonderheit dieser Situation hat Annemarie Renger dann auch in ihrer Antrittsrede am 13. Dezember 1972, ein Tag, der sich jetzt zum 15. Mal jährt, hingewiesen: „Vielleicht kann gerade deshalb die Tatsache, daß einer Frau zum ersten Mal in der deutschen Geschichte das Amt des Parlamentspräsidenten übertragen worden ist, dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, die einer unbefangenen Beurteilung der Rolle der Frauen in unserer Gesellschaft immer noch entgegenstehen. Insofern hoffe ich, durch mein Bemühen, dem Amt nach besten Kräften gerecht zu werden, zugleich der Sache der Frauen einen Dienst leisten zu können.“

Die Sozialdemokratin begegnete nach ihrer Amtsübernahme keinesfalls einer uneingeschränkten Sympathie, sie war mancherlei Kritik ausgesetzt, die teils ihrer Parteizugehörigkeit, teils der „Frau“ Annemarie Renger galt.

Ihre Wahl hatte für beträchtliches Aufsehen gesorgt und damit nicht wenig Widerstände ausgelöst. Aber allen Vorurteilen zum Trotz hat Annemarie Renger ihre herausgehobene politische Funktion souverän ausgefüllt, neue Akzente gesetzt und mancherlei Hürden und politische Klippen umschifft.

Annemarie Renger entstammt einer traditionell sozialdemokratischen Familie: Ihr Vater, Fritz Wilding, an der Spitze der Arbeitersportbewegung, ihre Mutter, Mitglied der SPD seit 1908, nachdem das sogenannte Vereinsgesetz auch den Frauen eine Parteizugehörigkeit ermöglichte. Die Neugründung der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte Annemarie Renger an der Seite Kurt Schumachers, dessen Mitarbeiterin sie von 1945 bis zu seinem Tod 1952 war. Dem Deutschen Bundestag gehört Annemarie Renger ununterbrochen seit 1953 an.

Sie ging ihren politischen Weg mutig und gradlinig. Allen Zweiflern und Kritikern hat sie überzeugend bewiesen, daß eine Frau genauso selbstverständlich wie ein Mann hohe und höchste Staatsämter bekleiden kann. Damit hat sie - ganz im Sinne Herbert Wehners - ein deutliches Zeichen und Vorbild für den Kampf der Frauen um Gleichstellung und mehr politische Rechte gesetzt.

Die SPD wird sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß möglichst schon bei der nächsten Bundestagswahl der Posten des Bundestagspräsidenten und viele andere wichtige Positionen von Frauen und zwar von Sozialdemokratinnen besetzt werden. (-/11.12.1987/va-he/rs)

* * *

Alle brauchen den Dialog

.....
Vertrauen muß sich über die Block-Grenzen durchsetzen

Von Gert Weisskirchen MdB

Mit der Unterzeichnung des INF-Vertrages ist die Tür geöffnet für eine neue Phase der Politik der Entspannung.

Sie wird den Prozeß vertiefen, der durch die Schlußakte von Helsinki verbindlich gemacht wurde. Das Schlüsselwort der Schlußakte heißt Vertrauen. Vertrauen setzt über die Grenzen der Blöcke hinweg und durch alle Mauern hindurch.

Gewiß wird der Streit um die ideologischen Ziele bleiben. Er öffnet erst den fairen Wettbewerb um die besseren gesellschaftlichen Konzepte. Und er ist eine Bedingung des friedlichen Wandels, wenn er hilft, Argumente zu prüfen und nicht sich besserwisserisch neuem Denken zu verweigern.

Deshalb ist Dialog nötig. Alle Gesellschaftsformen brauchen ihn, damit sie lebendig bleiben.

Blockade des Denkens ist es, wer sich dem verschließt: Die Mächtigen aller Staaten sind nicht frei davon.

Deshalb werden wir den Dialog fortsetzen. Auch mit denen, die sich ohnmächtig fühlen. Und mit denen, die sich ernsthaft auseinandersetzen damit, ob nicht neue Wege schneller zum Frieden führen, als die, die von den Regierungen beschritten werden.

Wir tun dies unter einer Bedingung: mit dem Weg zum Frieden muß der Frieden schon beginnen. Und: wir tun dies, um Gedanken auszutauschen.

Die Kirchen in der DDR und die unter ihrem Dach Versammelten sprechen für sich selbst. Sie brauchen niemanden, der für sie spricht. Eher können wir von ihnen lernen. Sie waren es, die uns gelehrt haben, was uns von der Paradoxie des Atomzeitalters befreien kann: wir müssen uns lösen aus dem Geist, der Logik und der Praxis der Abschreckung.

Wir ermuntern alle in der DDR, die den Frieden fördern: Wir brauchen Zeichen des Friedenswillens in Ost wie in West.

Kein Hartleibiger wird uns daran hindern, weder im Westen noch im Osten. (-/11.12.1987/vo-ha/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Die Union und die Null-Lösung

Die Union hat bis zuletzt alles getan, um das INF-Abkommen, das sie jetzt als ihren Erfolg reklamiert, zu verhindern. Ihre Aussprüche belegen, daß die Mittelstrecken-Abrüstung gegen sie durchgesetzt werden mußte.

Kohl (1981): Gerede von der Null-Option

„Die gleiche Wirkung, Herr Bundeskanzler, erzeugt nun dieses neue Gerede von der Null-Option. Sie sagen, daß Sie sich im Idealfall sogar eine Null-Option vorstellen können, das heißt den Verzicht auf Nachrüstung, wenn die Sowjets ihre Mittelstreckenraketen gänzlich abbauen. Lassen Sie mich doch in aller Deutlichkeit sagen, Herr Bundeskanzler: dieses Gerede - etwas anderes ist es nicht - ist eine schlichte Täuschung der deutschen Öffentlichkeit.“

Wenn Sie schon von Idealvorstellungen reden, dann gebietet es Ihre Verantwortung als Regierungschef, ganz deutlich zu sagen, daß das genauso ein schöner Traum ist wie der Frieden ohne Waffen.“
(Helmut Kohl in der Bundestagsdebatte am 17. September 1981)

Strauß: Null-Lösung unsinnig, irreal und unerreichbar

„Auf der Landesdelegiertenkonferenz seiner Partei in München wertete Strauß die Null-Lösung als unsinnig, irreal und unerreichbar. Er bezeichnete sie als alleinige Erfindung der früheren Regierung Schmidt/Genscher.“
(Münchener Merkur, 24. Januar 1983)

„Die volle Null-Lösung, (das) ist nicht die Vorstellung der CDU oder CSU (oder) des Kanzlers, des Verteidigungsministers, der ganzen CSU. Wir müssen Wunsch und Wirklichkeit sorgsam auseinanderhalten.“
(Franz Josef Strauß im Interview für „Bericht aus Bonn“, 8. Mai 1987)

Dregger: Gorbatschow-Vorschlag würde Sicherheit aufs schwerste gefährden

„Abrüstung, die unsere Sicherheit erhöht, muß vor allem bei den Waffensystemen ansetzen, die uns unmittelbar bedrohen: Das sind die atomaren Waffen mit Reichweiten unter 500 Kilometern, die chemischen und die sogenannten konventionellen Waffen, das heißt die sowjetischen Panzerarmeen, die uns mit alle ihren Begleitwaffen in mehrfacher Überlegenheit hautnah gegenüberstehen... Die umgekehrte Reihenfolge, wie sie Gorbatschow vorgeschlagen hat, würde die atomaren Abschreckungswaffen in Europa beseitigen, die einen Angreifer auf seinem eigenen Territorium und in seinem Aufmarschraum treffen würden; sie würde dagegen die atomaren Kriegsführungswaffen mit Reichweiten unter 500 Kilometern zurücklassen, die allein Deutschland beiderseits der Zonengrenze bedrohen. Eine solche Abrüstungspolitik würde unsere Sicherheit nicht erhöhen, sondern aufs schwerste gefährden.“
(Alfred Dregger in einer Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 28. April 1987)

Tandler: Null-Lösung nicht in unserem Interesse

„Diese Null-Lösung kann nicht in unserem Interesse sein, solange es auf östlicher Seite Kurzstreckenraketen gibt, denen wir nichts entgegensetzen haben, und eine konventionelle Ostblock-Armee, die weit stärker ist als die des Westens.“
(Gerald Tandler im Interview mit „Quick“, 4. Dezember 1986)



Biehle: Frieden nicht sicherer, sondern unsicherer

„Ich glaube doch, daß diejenigen, die mit Sorge dieser Entwicklung entgegensehen, weil man einfach so pauschal von der Null- oder Doppel-Null-Lösung redet, obwohl sie gar keine ist, daß die sicher verantwortungsbewußter sind als jene Jubler, die da glauben, es müßte nun die nukleare Komponente total beseitigt werden und dabei nicht berücksichtigen, welche Auswirkungen dies im konventionellen Bereich hat, denn damit würde der Frieden nicht sicherer werden, sondern erst unsicher werden“.

(Alfred Biehle im Deutschlandfunk-Interview, 28. April 1987)

Rühe: Keine zweite Null-Lösung

„Wer jetzt eine zweite Null-Lösung auch für Raketen von 500 bis 1.000 Kilometer Reichweite will, verändert die bisherige Regierungsposition.“

(Volker Ruhe in „Bild am Sonntag“ vom 28. April 1987)

Todenhöfer: Mindestreserve an Mittelstreckenraketen wichtig

„Aber im Interesse der Sicherheit unseres Landes frage ich: Müssen wir wirklich alle Mittelstreckenraketen größerer Reichweite beseitigen, bevor die Sowjetunion ihre erdrückende konventionelle Überlegenheit abbaut? Ich bin nach langem Nachdenken zu der Überzeugung gelangt, daß es für den Frieden in Europa besser wäre, wenn der Westen als ‚Faustpfand‘ für spätere Abrüstungsverhandlungen wenigstens eine geringe Mindestreserve an Mittelstreckenraketen größerer Reichweite so lange in Bereitschaft hält, bis die Sowjetunion endlich ihre konventionelle Überlegenheit abbaut, die die Sicherheit, den Frieden und die Freiheit unseres Landes existentiell bedroht.“

(Jürgen Todenhöfer in „Bunte“ vom 7. Mai 1987)

Seiters: Wollen einen Verbund

„Wir wollen einen Verbund. Man kann nicht Null-Lösungen anstreben in diesem oder in jenem Bereich, ohne gleichzeitig zu fragen, was wird mit den anderen Waffen.“

(Rudolf Seiters im Interview im Sender Freies Berlin, 23. Mai 1987)

Wimmer: Null-Lösung nur unter idealen Gesamtbedingungen

„Aber wir müssen natürlich immer daran denken, daß der Westen in der Frage der Null-Lösung bei den langreichenden Mittelstreckenwaffen immer davon gesprochen hat..., daß die Null-Lösungs-Problematik immer dann Sinn machen könnte, wenn es zuvor ideale Gesamtbedingungen gegeben hat. Und diese idealen Gesamtbedingungen für Europa heißen nicht mehr und nicht weniger, als daß man insgesamt auf die spezielle europäische Sicherheitslage eingehen muß bei Abrüstungsüberlegungen. Das bedeutet für uns ein Eingehen auf die gewaltige konventionelle sowjetische Überlegenheit und eine Berücksichtigung der nuklearen Problematik. Und das muß man in diesem Zusammenhang sehen.“

(Willy Wimmer im Deutschlandfunk-Interview vom 21. April 1987)

(-/11.12.1987/vo-ha/rs)

